

Papiernot der Zeitungen.

Die Sorgen des eigenen Hauses unterbreitet man nicht gern der Öffentlichkeit. Mit diesen hat man sich, so gut es eben geht, in seinen vier Wänden abzufinden, und erst wenn die Sorgen aus dem engen persönlichen Rahmen hinauswachsen, und die Gefahr besteht, daß auch allgemeine Interessen dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, tritt die Notwendigkeit ein, sie weiteren Kreisen zur Kenntnis zu bringen.

Nach diesem Prinzip haben die deutschen Zeitungen bisher stets gehandelt. Nur selten sind während der halb dreijährigen Kriegsdauer Mitteilungen über eine wirtschaftliche Notlage der deutschen Zeitungen an die Öffentlichkeit gelangt. Nur die wenigsten wissen, mit wie gewaltigen Schwierigkeiten im Allgemeinen die Zeitungen zu kämpfen haben. Können sich ein Bild davon machen, wie erheblich z. B. die Preissteigerungen der im Zeitungsgebiete notwendigen Rohmaterialien sind, und wie mangelhaft ihre Beschaffenheit heute ist. In letzter Zeit hat man allerdings mehrfach von einer drohenden Papiernot gehört, und ein Telegrammwechsel zwischen Zeitungsverlegern und dem Reichskanzler ist veröffentlicht worden, der die drohende Gefahr des Richterscheitens großer deutscher Zeitungen wegen Papiernotknappheit blühend beleuchtete. Wie schwer jedoch die Zeitungen unter den augenblicklichen unhaltbaren Zuständen zu leiden haben, wird auch heute noch den wenigsten Zeitungslesern bekannt sein. Da außerdem von der Reichsleitung auf alle Beschwerden der Zeitungsverleger in der verbindlichsten Form eine Abhilfe der Uebelstände in Aussicht gestellt wurde, scheint man schon aus diesem Grunde im breiten Publikum die Zeitungsnot nicht als besonders dringlich anzusehen zu haben.

Bedeutlich also, um Klarheit zu schaffen und auch den großen Massen des Leserpublikums die Augen über die tatsächlichen Verhältnisse zu öffnen, die nur durch Fehler der Wirtschaftspolitik herbeigeführt sein können, sei auf die augenblicklichen Zustände im Zeitungsgewerbe etwas näher eingegangen.

Der derzeitige Mangel an Zeitungspapier ist hauptsächlich auf die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung der Papierfabriken zurückzuführen. Arbeitermangel bei der Kohlenförderung, Waggonmangel, die Versorgung der Munitionsfabriken und anderer wichtiger kriegsindustrieller Betriebe sowie dem neutralen Zustand gegenüber eingegangene Lieferungsverpflichtungen sind die wichtigsten Gründe für die Kohlenknappheit im allgemeinen.

Ueber die Kriegswichtigkeit der deutschen Zeitungen hier noch ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Der Kaiser selbst, der Reichskanzler, der Staatssekretär des Reichsschatzamts sowie Abgeordnete aller Parteien haben im Reichstage dafür Zeugnis abgelegt. Die glänzenden Erfolge unserer sechs Kriegsanleihen wären ohne die Zeitungen wohl nicht möglich gewesen. Wenn man also in erster Linie kriegswichtige Betriebe mit der Kohlenlieferung versehen zu müssen glaubt, so stehen unter diesen Betrieben die die Zeitungsbetriebe versorgenden Papierfabriken in einer Reihe mit den Munitionsfabriken. Wir wissen auch die Notwendigkeit der Abgabe von Kohlen an neutrale Staaten zu würdigen. Hier aber ist seitens der zuständigen Stellen offenbar zu weit gegangen worden, da das Inland auf Kosten des Auslandes stark benachteiligt wurde. Dies ist aber wohl wieder nur dadurch möglich gewesen, daß die einzelnen in Betracht kommenden Reichsstellen vor ihren diesbezüglichen Maßnahmen keinerlei oder wenigstens nicht die erforderliche Fühlung miteinander genommen haben. Wozu sind denn die Statistiken da, auf die man in den Reichsstellen sonst so großen Wert legt? Da doch aus diesen genau ersichtlich ist, wie groß der Kohlenbedarf der einzelnen Papierfabriken ist, so mußte zunächst dieser, um das regelmäßige Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten, sichergestellt werden.

Wie man in der Balutastage von der ganz richtigen Ansicht ausgegangen ist, daß eine Besserung des Kurses der deutschen Reichsmark im neutralen Zustande nicht durch eine verstärkte Ausfuhrleistung herbeigeführt werden darf, so darf auch unter keinen Umständen auf Kosten der Kohlenversorgung neutraler Staaten ein kriegswirtschaftlich so wichtiger Betrieb, wie es das deutsche Zeitungsgewerbe ist, unterbrochen werden.

Es ist in letzter Zeit mit Recht viel von der Bedeutung der binnenländischen Wasserstraßen für die Versorgung der heimischen Industrie mit Rohstoffen und Betriebsmaterialien gesprochen und geschrieben worden. Für die Versorgung der Zeitungen mit Papier kommen diese doch hauptsächlich zur Entlastung der Eisenbahnen dienenden Verkehrswege augenblicklich überhaupt nicht in

Betracht. Da die Zeitungen täglich gewissermaßen nur von der Hand in den Mund leben müssen, können sie von Glück reden, wenn sie überhaupt noch Güterwaggons mit der Bahn in ihren Besitz bringen. Daß hierdurch der Betrieb der einzelnen Zeitungen ganz erheblich verteuert wird, ist klar. Ein Beispiel möge dies beweisen. Der Tagesbedarf einer großen Zeitung von fast zwei Waggons Papier aus Sachsen nach Hamburg erfordert bei Güterendung auf der Bahn pro Waggon rund 650 Mk. Frachtkosten, während auf dem Wasserwege hierfür nur rund 150 Mark zu zahlen wären. Es macht dies also allein schon bei zwei Waggons eine Mehrausgabe von 1000 Mark täglich. Wenn es den deutschen Zeitungen möglich war, wenigstens in beschränktem Umfange zu ersparen, so ist dies in erster Linie der kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe zu danken, die nach Kräften bestrebt gewesen ist, den Zeitungen so viel Papier zu liefern, als sie dranzuschaffen vermochte, wenn auch leider nicht so viel, wie dem zugeteilten Kontingent entspricht.

Wenn die zuständigen Reichsstellen der drohenden Einstellung des Betriebes maßgebender Mäßer vorbeugen wollen, werden sie sich entschließen müssen, aus dem Zustande des wohlwollenden Entgegenkommens zu einer etwas durchgreifenderen Abhilfe, für die unhaltbaren Verhältnisse überzugehen, vor allem zu einer genauen Nachprüfung der den Papierfabriken zukommenden Kohlenmenge.